



Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Volkmarr Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultus zeitnah umfassend über den Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. die Anmeldezahlen für den Schulversuch, Auflistung der teilnehmenden Schulen und die Zahl der Schülerinnen und Schülern in den neu geschaffenen 5. Klassen,
2. die Widersprüche zwischen dem Anspruch einer allgemeinbildenden schulischen Bildung und der wirtschaftlichen Ausrichtung dieser Schulart,
3. die möglicherweise verstärkte Selektion durch zusätzliche Bildungswege nach der Grundschule,
4. die tatsächlichen Auswirkungen auf die Durchlässigkeit des bayerischen Bildungssystems,
5. die Auswirkungen auf die Zahlen der Schülerinnen und Schüler der umliegenden Mittel- und Realschulen der am Schulversuch beteiligten Wirtschaftsschulen,
6. die Eignung der Lehrkräfte und pädagogischen Konzepte der Wirtschaftsschulen für Kinder im Alter von zehn bis zwölf Jahren.

Begründung:

Die Bildungspolitik trägt eine besondere Verantwortung für die Zukunftschancen aller Kinder in unserem Land. Jedes Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, hat das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung. Dieses Grundrecht wird durch frühzeitige Selektion und Spezialisierung im bayerischen Bildungssystem gefährdet. Die Wirtschaftsschule ist nach dem Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) ausdrücklich als berufliche Schulart konzipiert. Sie verfolgt primär das Ziel einer kaufmännischen Grundbildung und einer Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Diese Ausrichtung steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Bildungsauftrag für junge Menschen im Sinne der Allgemeinbildung. In dieser entscheidenden Entwicklungsphase sollten Kinder eine breite Allgemeinbildung erhalten, die ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung in den Mittelpunkt stellt, nicht jedoch eine frühzeitige Ausrichtung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit.

Die frühe Trennung von Bildungswegen nach der Grundschule ist bereits heute eines der größten Probleme im bayerischen Schulsystem und führt nachweislich zu sozialer Selektion. Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien haben oft

nicht die gleichen Startbedingungen und werden durch zu frühe Weichenstellungen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt. Der Schulversuch droht diese Problematik weiter zu verschärfen, indem er einen zusätzlichen frühen Selektionsmechanismus einführt und das Bildungssystem unübersichtlicher macht. Entgegen der Behauptung, die früh beginnende Wirtschaftsschule führe zu mehr Durchlässigkeit, ist das Gegenteil zu befürchten: Eine noch stärkere Ausdifferenzierung des Schulsystems nach der Grundschule erschwert Korrekturen des einmal eingeschlagenen Bildungswegs und zementiert soziale Ungleichheiten. Echte Durchlässigkeit würde bedeuten, Gemeinsamkeiten zu stärken und Entscheidungen über Bildungswege später zu treffen, wenn junge Menschen und ihre Eltern dies fundierter können.

Kinder im Alter von zehn Jahren sind noch nicht in der Lage, ihre Interessen und Fähigkeiten hinreichend einzuschätzen, um eine tragfähige Entscheidung für einen wirtschaftlich orientierten Bildungsweg zu treffen. Sie brauchen vielmehr eine breite Grundbildung, die alle Talente und Potenziale fördert und ihnen Zeit zur Orientierung gibt. Die Erfahrungen aus Ländern mit erfolgreichen Bildungssystemen zeigen deutlich, dass längeres gemeinsames Lernen und eine spätere Spezialisierung zu besseren Bildungsergebnissen und mehr Chancengerechtigkeit führen. Die Wirtschaftsschule als berufliche Schulart hat ihren berechtigten Platz im bayerischen Bildungssystem – aber nicht als Konkurrenz zu allgemeinbildenden Schulen nach der Grundschule. Sie sollte ihre Stärken dort einbringen, wo junge Menschen tatsächlich vor beruflichen Weichenstellungen stehen und eine entsprechende Orientierung benötigen.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ein Bildungssystem zu gestalten, das allen Kindern faire Chancen bietet und sie in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung unterstützt. Der Schulversuch wirft gravierende Fragen auf, die einer gründlichen parlamentarischen Bewertung bedürfen.